

29. Juni 2007

Krisensituationen brauchen SonderpädagogInnen

Bauer-Wolf: Situation in der Schule ist zu verändern

Schwierigkeiten, die LehrerInnen und auch Eltern haben, deren Kinder die Pflichtschule besuchen, seien durchaus ernst zu nehmen, sagte gestern der Vizepräsident des NÖ Landesschulrates, Werner Bauer-Wolf. Dazu sind Hilfen notwendig, die jedoch nicht im Erfinden von Sanktionen zu suchen sind. Zur Behandlung und zur Aufarbeitung von Krisensituationen seien speziell ausgebildete SonderpädagogInnen, BeratungslehrerInnen und MediatorInnen nötig. Auch sei die Situation in der Schule zu verändern. Derzeit gebe es nämlich immer noch den vortragenden Lehrer. Gemeinsame Planung, aber nicht erst ab der 9. Schulstufe, eine gemeinsame Wahl der Unterrichtsform, ein offener Unterricht und eine echte Mitbestimmung würden genauso dazu gehören wie eine Reform der Leistungsbeurteilung. Auch seien außerschulische Einrichtungen zur Bewältigung ernster Probleme auszubauen. Derzeit gebe es Kürzungen in der Jugendwohlfahrt und auch zu wenig Schulpsychologen.

Bauer-Wolf beklagte, dass sich die Situation an den Schulen verschlechtere. Derzeit würden rund 12.500 Lehrer an niederösterreichischen Pflichtschulen unterrichten. Fast 400 Lehrerinnen und Lehrer im Herbst 2001 in Niederösterreich an den Pflichtschulen weniger, Versetzungen in andere Bezirke, wo zu wenig oder zu viel Lehrer sind, mögliche Kürzungen im Bereich der BeratungslehrerInnen und StützlehrerInnen, wodurch mancherorts Integration in Frage gestellt wird, und eine oft fehlende Motivation, weil die LehrerInnen empfindliche Gehaltseinbussen hinnehmen mussten, seien das Ergebnis. Der Sozialdemokratische Lehrerverein Niederösterreichs werde daher am 4. Oktober in einer Enquete diese Punkte erörtern und ein Modell vorstellen, sagte Bauer-Wolf.

Der Bildungssprecher der SP-Niederösterreich, Landtagsabgeordneter Helmut Cerwenka, begrüßte, dass bei der letzten Landtagssitzung auf Grund einer SP-Initiative in einem gemeinsamen Antrag von SP, VP und FP beschlossen wurde, die Landesregierung aufzufordern, für Niederösterreich ein eigenständiges und bedarfsorientiertes Stipendienmodell auszuarbeiten. Selbstverständlich sollen dabei auch soziale Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, sagte Cerwenka.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at